



KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



black 3-color white cyan violet magenta primary red yellow green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

August 1884 J. H. & T. H. H. H.

Handwritten text in red ink, possibly "Handwritten" or "Handwritten".

Handwritten text in red ink, possibly "Handwritten" or "Handwritten".

Handwritten text in red ink, possibly "Handwritten" or "Handwritten".

334

0007

UB Braunschweig

84



2300-554-5

König. Ernst. Graf von Maltzahn

G e d a n k e n
e i n e s
M i t g l i e d e s
d e r F ü r s t l i c h -
Braunschw. Wolfenbüttelschen
L a n d s c h a f t ,
ü b e r e i n i g e ,
w e g e n d e r
Schatzraths-Wahlen,
entstandene Zweifel.

Braunschweig, 1801.
gedruckt
bei Friedrich Vieweg.

Gedanken

Mittheilung

aus dem

Landesrathe

von

Wegweiser

Sehr geehrte Herren



FRIEDR. VIEWEG & SOHN
BRAUNSCHWEIG

Bey der den 24sten Nov. des verwichenen Jahres, von den Ständen, wegen einer Schatzrathswahl, allhier abgehaltenen Zusammenkunft, ist, laut §. 95 des dabey aufgenommenen Protokolls, der Zweifel entstanden und in Umfrage gebracht:

ob und wie es einzuleiten sey, daß künftig kein Fürstlich Braunschweigischer Minister zum Schatzrathe in hiesigen Landen erwählt werden könne?

Durch ein Circulare d. d. den 21sten Jan. a. c. sind sämtliche Mitstände aufgefordert, bey der auf den 21sten Febr. angesetzten Versammlung ihre Meinung abzugeben, damit über diesen Gegenstand auf ein oder die andere Weise einiger Beschlufs genommen werden könne.

In Folge dieser Aufforderung wird es mir um so mehr erlaubt seyn, meine Gedanken über diesen Gegenstand hiedurch frey und offen vorzutragen.

Soweit ich im Stande bin, diesen nach seinem ganzen Umfange bis jetzt zu beurtheilen, so dünkt mich, daß folgende Fragen allerdings eine nähere, und unpartheyische Erörterung erfordern, bevor man im Stande seyn dürfte, darüber mit eigener völliger Beruhigung einen Entschluß zu fassen.

1) Findet sich in den ältern Verhandlungen der hiesigen hochlöbl. Landstände irgendwo einige Anleitung, nach welcher der Grundsatz angenommen und behauptet werden könnte, daß ein wirklich in Diensten seyender Fürstl. Braunschweigischer Minister nicht zugleich auch die Stelle eines Schatzrathes bekleiden dürfe?

2) Finden sich in neuern Zeiten Beyspiele und Thatsachen, nach welchen sich behaupten läßt, daß die Stelle eines wirklichen hiesigen Ministers und die eines Schatzrathes bisher allerdings als compatible gehalten und angesehen sey?

3) Sind neuerlich solche Veränderungen und Verhältnisse eingetreten, nach welchen man es jetzt offenbar für das Wohl des hiesigen Landes als nachtheilig ansehen müsse, wenn ein hiesiger Minister zugleich Schatzrath ist?

4) Welchen Weg können die hiesigen hochlöbl. Stände, den ihnen zustehenden Rechten und Freyheiten nach, einschlagen, um alsdann einen hierüber gefassten Entschluß dennoch geltend zu machen, wenn der Landesheerr demselben seine Zustimmung versagen und ihn für ungültig erklären wollte?

5) Lassen sich aus der bisherigen Verfassung oder aus neuerlich eingetretenen Verhältnissen Gründe auffinden, nach welchen es wahrscheinlich ist, daß die hiesigen Stände in dem vorliegenden Falle bey den höchsten Reichsgerichten ein günstiges Urtheil erringen würden, wenn sie bey dem Widerspruche des Durchlauchtigsten Landesherrn die Gültigkeit ihres

gefaßten Entschlusses auf diesem Wege suchen wollten?

6) Haben die hiesigen Stände das Recht, die ihren Mitständen ungezweifelt zustehenden Gerechtsame und Freyheiten *per plurima* einzuschränken und zu entnehmen?

7) Ist es, bey dem jetzigen so bedenklichen Geiste der Zeiten, nicht die Pflicht eines jeden wohldenkenden Patrioten, ohne die äußerste dringende Noth, alles zu vermeiden, wodurch zwischen dem Landesherrn und den Ständen nur irgend eine Spannung, Trennung, Unzufriedenheit und Mißverständniß veranlaßt werden könnte?

8) Sollte es nicht rathsam seyn, die zur Untersuchung aufgeworfene Frage jetzt ununtersucht und vorerst unentschieden zu beseitigen, auch solche bis zu einem andern günstigen Zeitpunkte auszusetzen?

9) Wenn sämtliche hochlöbliche Stände es dennoch für durchaus nothwendig halten sollten, durch einen einstimmig-

gen Beschlufs die Stelle eines hiesigen Ministers und hiesigen Schatzrathes für incompatible zu erklären, würde nicht sodann ein solcher Mittelweg aufzufinden und einzuschlagen seyn, nach welchem der beabsichtigte Endzweck wirklich zu erreichen wäre, ohne jedoch zu einer offenbaren Spannung und Mißverhältniß mit dem Landesherrn eine gegründete Veranlassung zu geben?

Diese Fragen verdienen nun, wie ich glaube, allerdings wohl eine nähere Erörterung. Es sey mir daher erlaubt, wie ich darüber denke, hier etwas näher anzugeben.

Die erste Frage:

Findet sich in den ältern Verhandlungen der hiesigen Landstände irgendwo einige Anleitung, nach welcher der Grundsatz angenommen und behauptet werden könne, daß ein wirklich im Dienste seyender Fürstl. Braunschweigischer Minister nicht zugleich auch die Stelle eines Schatzrathes bekleiden könne?

Ich habe Gelegenheit gehabt, ein gewifs sehr ansehnliches und von den ältesten Zeiten an vorzüglich vollständiges Archiv von den hiesigen landschaftlichen Verhandlungen durchsuchen zu lassen; allein ich kann versichern, daß sich bis jetzt bey der strengsten und fleißigsten Nachsuchung nirgends einige Anleitung oder Nachweisung darin gefunden habe, nach welcher es jemals als ein fester und bestimmter Grundsatz angenommen wäre, daß die Stelle eines hiesigen Ministers und eines Schatzraths für incompatible zu halten sey.

Die zweite Frage:

Finden sich in neuern Zeiten Beyspiele und Thatsachen, nach welchen sich behaupten läßt, daß die Stelle eines wirklichen hiesigen Ministers und die eines Schatzraths allerdings als compatible gehalten und angesehen worden?

Es würde gewifs sehr überflüssig seyn, noch aus den neuesten Zeiten diejenigen Beyspiele und Thatsachen hier aufzuführen, nach welchen bisher die Stelle eines

hiesigen Ministers und Schatzraths offenbar für compatible gehalten ist. Noch mehr; als vor dreyßsig Jahren allhier ein allgemeiner Landtag gehalten wurde, ist von einigen ständischen Mitgliedern eben derselbe Zweifel geäußert, der jetzt wegen Combinirung einer Schatzrathsstelle mit der eines hiesigen Ministers in Vortrag gekommen ist, allein ich erinnere mich sehr genau und weiß es zuverlässig gewiß, daß nach mehreren deshalb freundschaftlich unter sich angestellten Ueberlegungen die gesetztesten und erfahrensten Mitglieder es einstimmig für rathsam gehalten haben, diese Frage fallen und unentschieden zu lassen.

Die dritte Frage:

Sind neuerlich solche Veränderungen und Verhältnisse eingetreten, nach welchen man es jetzt offenbar für das Wohl des hiesigen Landes als nachtheilig ansehen müsse, wenn ein hiesiger Minister zugleich Schatzrath ist?

Ich bin es mir bewußt, daß bey Prüfung dieser Frage mich weder eine nie-

drige Schmeicheley noch irgend eine persönliche Verbindung zu einem falschen Urtheile verleiten könne; allein ich glaube jeden Patrioten dreist auffordern zu dürfen, um solche Abweichungen, solche Veränderungen und solche Neuerungen von Seiten der Landesregierung anzugeben, die eine Umänderung und Einschränkung der bisherigen Grundsätze wegen der Schatzrathswahl eben jetzt dringender und nothwendiger machen könnten als vormahls. Vielleicht wären, bey dem im Jahre 1770 abgehaltenen grossen Landtage, weit eher noch einige Gründe aufzufinden gewesen, nach welchen man damals den jetzt geäufserten Grundsatz hätte für wohlthätig und nothwendig halten können; und dennoch, wie ich schon gesagt habe, giengen die gesetztesten Mitglieder vor einer bestimmten Erörterung derselben bedachtsam vorüber. Man hat wohl hin und wieder im Publico geäussert, es sey bey anderen auswärtigen Landschaften der Grundsatz angenommen, daß ein in Diensten seyender Minister nicht zugleich ein Mitglied der Land-

schaft seyn könne, und daher würde es rathsam seyn, auch hier einen gleichen Grundsatz anzunehmen; allein ich frage, nach welchem Rechte, nach welchen Gründen läßt sich behaupten, daß diejenigen Grundsätze, die bey auswärtigen Landschaften angenommen sind, um deswillen auch hier anzunehmen und einzuführen wären? Ich weiß sehr wohl, daß bey einigen auswärtigen Landschaften jener Grundsatz allerdings fest stehe. Ich kann aber dagegen wiederum andere ansehnliche Landschaften anführen, wo nicht allein Staatsminister wirklich als Mitglieder unter den Landständen aufgenommen sind, sondern wo sogar die Landstände es zuweilen wünschen, daß dieser oder jener Staatsminister die ihm angetragene Stelle unter den Landständen auch wirklich annehmen möge, und wo die wohlthätigen Folgen den Wunsch der Stände auf alle Weise rechtfertigen. Zum Beispiele will ich nur gerade hier die Magdeburgische Landschaft anführen, welche durch thätige Mitwirkung einiger Staatsminister, die zugleich Landstände waren,

bey höchst wichtigen Gegenständen, z. B. allgemeinem Landesgesetzbuche, Provinzialgesetzbuche, Proceßordnung, Einrichtung allgemeiner öffentlicher Zwangs-Arbeits-häuser, allgemeinem Braureglement, etc. die wohlthätigsten Einrichtungen bewirkt haben, und zwar in solch einer Masse, die sie ohne unmittelbare Mitwirkung dieser Staatsminister nie würden erreicht haben.

Wenn gleich dasjenige, was ich bisher gesagt habe, allerdings sehr wahr und richtig ist, so weiß ich dennoch, daß sich von der andern Seite vieles nicht unwichtige wieder dagegen anführen lasse. Wer nur irgend mit den Geschäften, mit den Verhältnissen, mit der Bestimmung, und zwar sowohl eines *Ministerii* als denen einer Landschaft bekannt ist, der wird gewiß eingestehen müssen, daß in einem *Ministerio* oft solche Vorschläge, solche Geschäfte Statt finden, bey welchen der Gesichtspunct, den ein *Ministerium* dabey geltend zu machen wünscht, so wie die Folgen und Wirkung davon, durchaus von dem Gesichtspuncte und

den Grundsätzen unterschieden sind, welche die Stände ihren Pflichten nach als richtig und wohlthätig anerkennen können. Dafs mithin in allen solchen Fällen eine höchst widrige Collision Statt finde, wenn die Stelle eines Ministers mit der eines Schatzrathes verbunden ist, liegt am Tage. Es würde ein leichtes seyn, aus den ältern und neuern Zeiten Beyspiele als Beweise hievon anzuführen. Allein *exempla sunt odiosa*. Ein jeder, der mit den hiesigen Landesgeschäften bekannt ist, wird sich ihrer ohne mein Anführen von selbst erinnern. Eben diese Beyspiele werden aber zugleich beweisen, dafs die aus einer Vereinigung beyder Stellen in einer Person oftmals entstehenden Collisionen, ihren schädlichen Einflufs in allen und jeden Fällen nicht einmal alsdann ganz verlieren, wenn gleich jene Person ganz ungewöhnliche Geistesgaben und persönliche Fähigkeiten besitzt. Ich zweifle auch sehr, dafs Jemand unter uns auftreten und mit gutem reinen Gewissen behaupten wolle, er könne bey allen vorkommenden Col-

lisionen die Grenzen der Dienstpflichten zwischen beyden so genau und so bestimmt angeben, daß nie von solch einer Collision nachtheilige Folgen zu befürchten wären. Daß dieser so widrige Einfluß eines Ministers, wodurch derselbe auf die ständischen Geschäfte mit merklichem Nachtheile wirken könne, auf keine Weise eine unmittelbare Folge von der Bedienung und den Geschäften eines Schatzrathes sey, ist zu bekannt, als daß es hier eine Erörterung verdiente. Allein, da einer alten Observanz nach, die Schatzräthe nur aus den ständischen Mitgliedern des engern Ausschusses erwählt werden, so erhalten die Minister, die zugleich Schatzräthe sind, eben dadurch *indirecte* eine volle und höchst bequeme Gelegenheit, ihren Einfluß durchaus in Thätigkeit zu setzen. Endlich wird man noch eingestehen müssen, daß selbst bey dem gutmüthigsten und vorsichtigsten Betragen eines Ministers, seine Gegenwart, die freymüthige, offene, und lebhaft Berathschlagung der ständischen Mitglieder in solchen Fällen merklich

verstimmen und einschränken müsse, wo die Stände es für Pflicht halten, den Vorschlägen und Absichten eines *Ministerii* entgegen zu arbeiten.

Diese allerdings bedeutenden Mißverhältnisse, die man weder läugnen noch wegdemonstriren wird, sind es denn auch, die den Wunsch, daß künftig kein Minister zugleich Schatzrath seyn möge, eben so lebhaft, und eben so ernstlich bey mir rege gemacht haben und unterhalten, als solches von andern meiner hochgeehrten Herren Mitstände nur irgend geäußert ist. Allein eben so aufrichtig und eben so lebhaft als ich dieses wünsche, eben so ängstlich und eben so sorgsam wünsche ich doch auch, daß man alle solche Mittel und Wege, um diesen Endzweck zu erreichen, durchaus vermeiden möge, die irgend ein widriges Aufsehen, und ein gegründetes Mißverständniß zwischen dem Landesherrn und den Ständen veranlassen würden. Von der Nothwendigkeit, diese Vorsichtsregel auf das strengste zu beobachten, bin ich um so mehr überzeugt, da der jetzige

beynahe durchgehends verstimmt^e Geist der Zeiten einen jeden denkenden Patriot^{en} schon von selbst daran erinnern muß. Aber noch mehr: unmöglich kann ich mich überzeugen, daß, gerade jezt erst, solche Mißverhältnisse hier eingetreten wären, welche es so nothwendig machten, jene Maßregel, selbst mit Gefahr von nachtheiligen und widrigen Folgen, schlechterdings durchzusetzen. Ueberdem kann es auch hier, wie ich glaube, immer noch zu einiger Beruhigung gereichen, wenn man bedenkt, daß in keinem Staate ein großes und wichtiges Landes-Collegium anzutreffen sey, wo nicht bey Verhandlung wichtiger Gegenstände oft zwey ganz entgegengesetzte Meinungen behauptet werden. Wie viel mehr kann also der Fall eintreten, daß zwischen zwey so verschiedenen Collegiis, als ein *Ministerium* und Landstände sind, ebenfalls über wichtige Gegenstände zuweilen verschiedene Meinungen obwalten; und wenn gleich über diesen oder jenen Gegenstand die Unterhandlungen hin und wieder etwas lebhaft geworden sind, so weiß ich mir dennoch

allhier keinen Vorfall zu erinnern, wo die Verschiedenheit der Meinungen von wirklich nachtheiligen Folgen für das hiesige Land gewesen wäre. Die von unserm jetzigen Herzoge Durchlaucht mit Zuziehung der Landstände wegen künftig zu machender Landesschulden, getroffene Einrichtung, muß vielmehr jeder wohldenkende Patriot als einen öffentlichen und ungezweiften Beweis von einem ehrenvollen Zutrauen des Landesherrn gegen seine Landstände anerkennen. Denn es läßt sich hievon geradezu behaupten, daß der Landesherr den Ständen bey dieser so wichtigen Landesangelegenheit eine Art von Controlle selbst gegen das Fürstl. *Ministerium* übertragen habe. Bey dem, was ich über diese Frage angeführt habe, weiß ich mir also keine Gründe, keine Veranlassung, keine Neuerung zu denken, die mich von der Nothwendigkeit überzeugen könnte, daß man gerade jetzt, und sogar mit Gefahr von widrigen Folgen und Trennungen, zu einer Abänderung der bisher bey der hiesigen Landschaft angenommenen Grund-

sätze schlechterdings schreiten müßte. Ich bin auch sehr neugierig, von andern dergleichen Gründe zu vernehmen, die mich bewegen könnten, meine Meinung hierin abzuändern.

Die vierte Frage:

Welchen Weg können die hiesigen Stände, den ihnen zustehenden Rechten und Freyheiten nach, einschlagen, um alsdann einen hierüber gefassten Entschluß dennoch geltend zu machen, wenn der Landesherr demselben seine Zustimmung versagen und ihn für ungültig erklären wollte?

Gesetzt, daß die hiesigen Landstände einen solchen Entschluß fassen würden, dem unser Durchlauchtigster Landesherr die Sanction versagen, und ihn überhaupt für ungültig und unverbindlich erklären würde, so vermuthet ich, daß die hiesigen Landstände, um ihrem Entschlusse eine volle Gültigkeit zu verschaffen, keinen andern Ausweg einschlagen würden und wählen könnten, als daß sie bey einem der Reichsgerichte deshalb Klage anstellten, und um die Genehmigung eines

solchen Beschlusses nachsuchen würden. Ist dieses gegründet, so entsteht natürlich folgende fünfte Frage:

Lassen sich aus der bisherigen Verfassung oder aus den neuerlich eingetretenen Verhältnissen Gründe auffinden, nach welchen es wahrscheinlich ist, daß die hiesigen Stände in dem vorliegenden Falle bey den höchsten Reichsgerichten ein günstiges Urtheil erringen würden, wenn sie bey dem Widerspruche des Durchlauchtigsten Landesherrn die Gültigkeit ihres gefassten Entschlusses auf diesem Wege suchen wollten?

Wenn ich mir auch alles, was die Stände zur Unterstützung ihrer Klage auffinden und ausführen könnten, noch so vollständig, noch so mühsam, noch so zweckmäfsig, noch so muster- und meisterhaft ausgearbeitet und durch den einnehmendsten Vortrag zusammengestellt denke, so bekenne ich dennoch freymüthig, daß sich aus mehr als einem Grunde an dem Erfolge eines günstigen Urtheils durchaus zweifelte. Was könnten, was

würden wohl meine hochgeehrten Herren Mitstände für überzeugende, für entscheidende Gründe anführen können, um die Nothwendigkeit von einer Umänderung der von den ältesten Zeiten an bisher angenommenen und geltenden Grundsätze in diesem Augenblicke nachzuweisen? ich glaube vielmehr, daß die Reichsgerichte gerade gegen die Meinung der Herren Stände entscheiden müßten. Die Gründe für solch eine Nothwendigkeit, wenigstens meiner Ueberzeugung nach, fehlen durchaus, und von den ältesten Zeiten an bis zu diesem Augenblick hat ein Grundsatz Statt gefunden, und ist als gültig anerkannt, der dem Entschlusse der Stände geradezu widerspricht.

Noch findet hier die wichtige Frage Statt, wie die, mit einer solchen bey den Reichsgerichten eingeleiteten Verhandlung verknüpften, gewiß nicht unbeträchtlichen Kosten aufgebracht werden sollen, und in wie weit die dissentirenden Mitglieder schuldig wären, ihren Antheil dennoch mit dazu beyzutragen. Ich bin überzeugt, daß hier sehr heftige Widersprüche er-

folgen würden , und vorzüglich dann, wenn die Urthel ungünstig ausfielen.

Die sechste Frage:

Haben die hiesigen Stände das Recht, die ihren Mitständen ungezweifelt zustehenden Gerechtsame und Freyheiten per plurima einzuschränken und zu nehmen?

Hier behaupte ich schlechterdings : nein. Man wird mir zuverlässig, weder aus den ältern noch neuern landschaftlichen Verhandlungen, Beweise angeben können, wo die hiesigen Stände sich ein dergleichen Recht gegen ihre Mitstände angemafst und in Ausübung gebracht hätten; und so lange dieses nicht ist, oder *ex analogia* ein solches Recht der hiesigen Stände bewiesen werden kann, wird mich auch Niemand überzeugen, daß ihnen dieses zustehe. Daß da, wo gegen auswärtige, über die Methode, mit solchen in wichtigen Fällen zu unterhandeln, ein Beschluß gefaßt werden muß, oder wo wegen Bewilligung oder Einschränkung einiger Abgaben, oder Uebernehmung und Abtragung von Schulden,

oder über Erwählung der Mitglieder und hundert ähnliche Fälle *plurima* sodann entscheiden müssen, wenn *unanimitas* nicht Statt finden sollten, dies versteht sich von selbst. Allein ein jeder, der nur irgend mit diesen und ähnlichen Geschäften bekannt ist, wird und muß einen großen Unterschied sogleich eingestehen, der allhier zwischen solchen Geschäften und Verhältnissen gegen die Befugnisse obwaltet, einem Mitgliede eben derselben Versammlung sein wohlhergebrachtes Recht, Freyheit und Eigenthum wider seinen Willen und ohne sein Verschulden mit Gewalt einzuschränken und zu entnehmen. Würde auch nur in einem Falle solch ein Recht den übrigen Mitgliedern zugestanden, so frage ich, und fordere den denkenden Mann auf, mir die Grenze anzugeben, wo dieses Recht aufhöre, und nicht willkührlich weiter ausgedehnt werden könne? Mehrere Mitglieder würden sodann Gefahr laufen, von einer durch Nebenumstände veranlaßten Partey ihrer wohlhergebrachten Rechte, Freyheiten und Eigenthums über kurz oder lang beraubt zu werden.

Um jene Behauptung soviel möglich zu unterstützen, nemlich das bey der gegenwärtigen Unterhandlung *plurima* entscheiden, die dissentirende mindere Zahl aber es sich gefallen lassen müsse, das ihre Rechte und Stimmen-Freyheit eingeschränkt werde, könnte vielleicht mancher den Grundsatz hier anwenden wollen:

das nach denen in der grossen Societät angenommenen moralischen Grundsätzen, eine mindere Zahl, selbst mit einigem Verluste, es sich allerdings gefallen lassen müsse, was die mehrere Zahl entscheide, sobald nemlich das grosse Ganze offenbar dadurch gewinne.

Ich gestehe zwar gern, das die Anwendung dieses Grundsatzes auf den vorliegenden Fall gar ungemein bequem wäre; allein, das er auch, nach richtig logischen Grundsätzen, bey der gegenwärtigen Verhandlung angewandt werden könne, dieses leugne ich.

Es sind hier drey Fälle möglich. Einmal, das sämtliche Stände unter sich

einen der Sache angemessenen Mittelweg wirklich ausfindig machen, den beabsichtigten Endzweck wenigstens größtentheils dadurch erreichen, und diesen Mittelweg durch eine freundschaftliche Uebereinkunft unter sich festsetzen. In diesem Falle läßt sich jener moralische Grundsatz überall nicht anwenden. Ein zweiter Fall ist der, daß wider den Willen einiger dissentirenden nur allein *plurima* einen Beschluß fassen, die Sanction des Landesherrn für nothwendig halten, darum nachsuchen, und daß der Landesherr solche sodann wirklich ertheile, ohne daß dadurch einige Spannung, Mißverständniß und widrige Folgen veranlaßt sind. In diesem Falle wird es gewiß nicht nöthig seyn, jenen moralischen Grundsatz geltend zu machen und anzuwenden. Denn sobald der Landesherr dem Beschlusse der Stände: daß künftig kein Minister zum Schatzrathe gewählt werden dürfe, sogleich seine Genehmigung ertheilt, ohne daß widrige und nachtheilige Verhältnisse dadurch zuvor veranlaßt sind; so bin ich auch fest versichert, daß die

bis dahin dissentirende mindere Zahl so-
gleich mit Freuden zu der Meinung der
größern Zahl übergehen, und deren Ent-
schluß mit Danke annehmen werde.
Diesemnach fände sich auch hier keine
Veranlassung, um jenen moralischen Grund-
satz anzuwenden, da die mindere Zahl
von selbst zu der größern übergeht. End-
lich der dritte Fall ist der, daß *pluri-*
ma den oft erwähnten Beschluß fassen,
die Sanction des Landesherrn für noth-
wendig halten, und darum nachsuchen,
daß aber der Landesherr solche durch-
aus versage, die Stände dagegen ihren ein-
mal gefassten Entschluß behaupten, ent-
scheidende Mittel und Wege ergreifen,
um solchen der mangelnden Sanction un-
geachtet geltend zu machen, und eben-
dadurch zwischen dem Landesherrn und
den Ständen eine Trennung und ein Miß-
verständniß veranlassen, wovon unange-
nehme, widrige, selbst gefährliche Folgen
für das Ganze unzertrennbar sind. Daß
in diesem letzten Falle jener oft erwähn-
te moralische Grundsatz keine Anwen-
dung leide, liegt am Tage. Denn er kann

nur da als entscheidend angewandt werden, wo es unwidersprechlich wahr ist, daß das große Ganze dabey gewinne. *Plurima* nehmen sodann zwar ohne Beweis an, daß das Ganze dabey wirklich gewinne, die dissentirende geringe Zahl behauptet aber geradezu das Gegentheil, und es steht allerdings zu befürchten, daß in solch einem Falle die Meinung der mindern Zahl auch die wahre sey, und daß wegen der nachtheiligen Folgen bey dem zwischen dem Landesheerrn und den Ständen veranlafsten Mißverständnisse und Trennung das Ganze mehr verlieren werde, als es durch jenen Beschluß gewinnen kann.

Aus diesen und ähnlichen Gründen mehr, deren weitere Ausführung ich mir, wenn es ja nöthig seyn sollte, auf alle Weise vorbehalte, erkläre ich hiedurch ganz ausdrücklich, daß ich es mir auf keine Weise werde gefallen lassen, wenn über den in Frage seyenden Gegenstand nicht ein einstimmiger und freundschaftlicher Entschluß bewirkt werden sollte, daß meine Herren Mitstände so-

dann *per plurima* die mir zustehende Wahlfreyheit einschränken könnten. Vielmehr werde ich in solchem Falle alle mir nur irgend erlaubten Mittel und Wege sogleich ergreifen, um meine Rechte und Freyheiten unbeschränkt und ungekränkt auch ferner noch zu besitzen und gegen willkührliche Zudringlichkeiten meiner Herren Mitstände möglichst zu vertheidigen: ich hoffe auch, daß in diesem Falle mehrere von meinen Herren Mitständen eben so fest und eben so entschlossen handeln werden, als ich. Ein von Seiten einiger Herren Stände sich erlaubtes willkührliches Benehmen, den übrigen Mitgliedern ihre Rechte einschränken und entnehmen zu wollen, könnte also leicht zu einer nicht ganz unbedeutenden Trennung unter den Ständen selbst eine Veranlassung geben.

Die siebente Frage:

Ist es bey dem jetzigen so bedenklichen Geiste der Zeiten nicht die Pflicht eines jeden wohlndenken Patrioten, ohne die äußerste dringende Noth alles zu vermeiden, wodurch zwischen

dem Landesherrn und den Ständen nur irgend eine Spannung, Trennung, Unzufriedenheit und Mißverständniß veranlaßt werden könnte?

Ich bin gewiß weit entfernt, daran zu zweifeln, daß nicht ein Jeder von meinen Herren Mitständen von eben dem lebhaften Patriotismo beseelt, und besonders bey den jetzigen hin und wieder überhand nehmenden unruhigen Gesinnungen eben so gut als ich von der Nothwendigkeit überzeugt seyn sollte, alles zu vermeiden, was nur irgend, es sey *directe* oder *indirecte*, über kurz oder über lang zu einiger Spannung oder Mißtrauen zwischen dem Landesherrn und den Ständen eine Veranlassung geben könnte. Die Folgen einer solchen Disharmonie lassen sich weder ganz übersehen noch berechnen, und mehrere Beyspiele ergeben, daß solche Mißverständnisse oft für die allgemeine gute Sache nachtheiligere Folgen gehabt haben, als eine zu treffende neue Einrichtung im umgekehrten Verhältnisse wahren Vortheil verschafft haben würde. Da jedoch ein Jeder von meinen hoch-

geehrtesten Herren Mitständen alles dieses eben so gut und eben so vollständig übersehen und beurtheilen wird, als ich dieses vorzutragen im Stande wäre, so erlaube ich mir nicht, dieses hier weitläufiger auszuführen. Man wird mir jedoch hoffentlich die Bemerkung verzeihen, daß der in Umfrage gebrachte Zweifel bey dem entfernen und ununterrichteten Publiko, besonders auf dem Lande, schon einige Aufmerksamkeit erregt, und zu manchen Misdeutungen, wenn gleich unschuldiger Weise, eine Veranlassung gegeben habe. Gewiß müßte es unendlichen Segen über ein Land verbreiten, wenn der Landesherr, das Ministerium und die Landstände es immer als die erste und heiligste ihrer Pflichten ansähen, daß sie, weit entfernt von allen Spannungen und Mistrauen, nur für das Wohl aller Landesbewohner, für die Bewahrung der Rechte und für die Sicherung des einem jeden zustehenden Eigenthums durchaus gemeinschaftlich sorgen müßten. Ist dieses gegründet, und als wahr anerkannt; so behaupte ich auch,

dafs die hiesigen Landstände besonders in den jetzigen Zeiten alle Veranlassung auf das sorgfältigste vermeiden müssen, nach welchen man ihr Verhältniß gegen den Landesherrn mit dem Verhältnisse der so bekannten Opposition in England vergleichen möchte. Haben die Stände einen Minister zum Schatzrath ernannt, der seinen vorhin erwähnten ersten Pflichten gegen das Land zuwider handelt, so ist es die Schuld der Stände, wenn er so handeln kann: — denn warum haben sie ihn gewählt? Dagegen wird es unendlichen Segen über ein Land verbreiten, wenn der Landesherr, das Ministerium, und die Stände sich einander freundschaftlich die Hände bieten, um jene erste Pflicht so vollständig zu erfüllen, als es die Verhältnisse des Landes nur immer erlauben.

Die achte Frage:

Sollte es nicht rathsam seyn, die zur Untersuchung aufgeworfene Frage jetzt ununtersucht und unentschieden vorerst zu beseitigen, und bis zu einem andern günstign Zeitpunkt auszusetzen?

Ich bekenne hier freymüthig, und ohne daß mich irgend eine Nebenabsicht dazu verleite, daß ich dieses aus mehr als einer Ursache auf das angelegentlichste wünschte. Von der dringenden Nothwendigkeit, diese Frage sogleich zu entscheiden, kann ich mich durchaus nicht überzeugen. Ich kann auch den Gedanken nicht wohl unterdrücken, daß ich an der Vorlegung entscheidender und überzeugender Gründe auf alle Weise zweifele. Ich werde es daher ruhig erwarten, daß man mir solche nachweise, und glaube bis jetzt, daß man ohne allen Nachtheil die Entscheidung dieser Frage vorerst bis dahin aussetzen könne, daß eine gegründete Unzufriedenheit und Beschwerde der Landstände die Wiederaufnahme dieser Frage veranlassen und rechtfertigen werde.

Die neunte Frage:

Wenn sämtliche hochlöbliche Stände es dennoch nothwendig halten sollten, durch einen einstimmigen Beschluß die Stelle eines hiesigen Ministers und hiesigen Schatzrathes für incompatible zu halten, sollte nicht sodann ein solcher

Mittelweg aufzufinden und einzuschlagen seyn, nach welchem der beabsichtigte Endzweck wirklich zu erreichen wäre, ohne jedoch zu einer offenbaren Spaltung und Spannung mit dem Landesherrn eine gegründete Veranlassung zu geben?

Sollte wider meinen Wunsch der Fall eintreten, daß sämtliche Stände es für nothwendig hielten, durch einen einstimmigen Beschluß die Stellen eines hiesigen Ministers und Schatzrathes von diesem Augenblicke an für incompatible zu halten, so glaube ich, daß im vorliegenden Falle ein der Sache angemessener Mittelweg wohl noch aufzufinden sey. Ich nehme mir die Erlaubniß, hiezu folgendes in Vorschlag zu bringen:

- 1) Um einen öffentlichen Beweis davon abzulegen, daß den in Umfrage gebrachten Vorschlag auf keine Weise etwas Persönliches veranlaßt habe, wünschte ich sehr, daß man die gegenwärtige Wahl, so wie solche ein jedes Mitglied für gut finden würde,

ohne alle Einschränkung und nähere Bestimmung vor sich gehen liefse.

2) Wenn die Zahl der damit einverstandenen Mitglieder zum allerwenigsten Dreyviertel oder wohl gar Vierfünftel betrüge, so dafs von den übrig bleibenden Dissentirenden, und deren auch künftighin dem einen oder andern Minister zu gebenden Stimme dennoch nicht zu befürchten wäre, dafs die Wahl der Dissentirenden ein Uebergewicht bekommen könnte; so bedürfte es nur des Ausweges, dafs ein jedes von diesen auf Dreyviertel oder Vierfünftel sich belaufenden und darüber vereinigten Mitgliedern *viritim* folgende Erklärung zu Protokoll gebe:

a) Da ihm ganz unstreitig und unweigerlich das Recht zustehe, sein Stimmenrecht wegen der Schatzraths-Wahl künftig aus bewegenden Gründen, ohne alle ihm deshalb zugegangene Ueberredungen oder Zwang, mithin blos aus eigenem freyen Willen einzuschränken und zu bestimmen, so erkläre er hiedurch feyer-

lich, und verbinde sich bey seinem Ehrenwort für sich und seine Descendenz *in linea recta*, daß er künftig bey eintretender Schatzrathswahl keinem Fürstlichen Minister seine Stimme ertheilen; außerdem

b) Von einem jeden Subjecte, dem er seine Stimme geben würde, sich vor Ertheilung solcher Stimme einen Revers und zwar schriftlich abliefern lassen wolle, wodurch ein solcher Aspirant, unter ausdrücklicher Verpfändung seines Ehrenworts, sich feyerlich verbinde, daß er der ihm zu Theil gewordenen Schatzrathsstelle sogleich und zwar *eo ipso* entsagen und niederlegen wolle, sobald er die Stelle eines Ministers in Fürstl. Braunschweigischen Diensten erhalten würde: endlich müßten

c) Diese von solchen Aspiranten abgegebenen Reverse von den stimmegebenden Mitgliedern sogleich zu den ständischen Acten *in originali* abgegeben werden, sobald der Aspirant

die Schatzrathsstelle auch wirklich erhalten hätte.

Dafs ein jeder Minister, der zugleich Landstand ist, der bisherigen Verfassung und Observanz nach, das Recht habe, sich um eine Schatzraths-Stelle zu bewerben, dieses Recht, diese Befugnifs wird ihm wohl niemand streitig machen, und ist auch, so viel ich weifs, bis jetzt von niemanden streitig gemacht. Die Frage ist nur allein die, ob es für das Wohl des Landes und für die freymüthigere Besorgung der ständischen Geschäfte nicht rathsam sey, dafs die stimmberechtigten Mitglieder der ihnen bisher zustehenden Freyheit, auch einem Minister ihre Stimme ertheilen zu können, für die Zukunft freywillig entsagen wollten. Dafs ein jedes ständisches Mitglied unweigerlich das Recht habe, die ihm zustehende Freyheit und Gerechtsame freywillig einzuschränken, dieses Recht wird, wie ich glaube, wohl Niemand bezweifeln und bestreiten können, und ist dieses, so bedarf es auch, meiner Ueberzeugung nach, auf keine Weise einer Bestätigung oder

Sanction vom Landesherrn, wenn ein Mitstand aus freyem Willen ein ihm zustehendes Recht nicht benutzen, nicht in Ausübung bringen will.

Ich weiß sehr wohl, daß durch diesen hier vorgeschlagenen Mittelweg für die Zukunft nicht geradezu alle Möglichkeit gehoben und abgeschnitten wird, daß nicht ein Minister als Schatzrath in die ständische Versammlung auftreten könne; man wird mir jedoch zugestehen müssen, daß nach der vorgeschlagenen Einrichtung dieses nur so einzeln, nur so selten eintreten könne, daß solches unmöglich von reellen nachtheiligen Folgen seyn, vielmehr in Vergleichung des Ganzen als ein *minimum* betrachtet werden könne.

Die vorhin vorgeschlagene Einschränkung aber noch weiter und auch dahin ausdehnen zu wollen, daß nicht bloß kein Minister, sondern überall Niemand, der in Fürstl. Diensten steht, zugleich Schatzrath seyn könne, dieses halte ich aus mehreren Gründen nicht allein für überflüssig, sondern selbst für bedenklich und sogar für nachtheilig. Offenbar wür-

de unter andern die Folge davon seyn, daß ein in wichtigen Geschäften geübter, mit den nöthigen Kenntnissen durchaus versehener und in höhern *Collegiis* gehörig ausgebildeter Mann noch ungleich seltener, als bisher, als Mitglied des engern Ausschusses aufzufinden wäre.

Dieses ist nun kürzlich alles, was ich wegen der in Frage seyenden Vorschläge meinen hochgeehrtesten Herren Mitständen zur nähern Prüfung vorlegen wollen. Es würde mich gewiß sehr schmeicheln, wenn dieselben darin wenigstens einige Gedanken bemerken würden, dem sie ihren Beyfall nicht so ganz versagen wollten.

Braunschweig, den 15. Febr. 1801.

Salvis melioribus.

der unter andern die Folge davon sein, daß ein in wichtigen Geschäften befaßter mit den höchsten Kenntnissen ausgerüsteter und in hohem Grade geistig ausgebildeter Mann noch angesehener sein, als bloß als Mitglied des oberen Ausschusses zu erscheinen würde.

Dieser ist nun hinsichtlich alles, was sich wegen der in Frage stehenden Vorschläge zu einem beschleunigten Bescheid zu bringen, dem am besten die Prüfung anzuvertrauen wollen. Es würde nicht sehr zu empfehlen sein, wenn dieselben durch zweigeteilte einige Gedanken hervorgehen würden, denn sie in von Beifall nicht so ganz versagen wollen.

Brannschweig den 15. März 1861

Ante: nachbarlich



KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

